

Verband für Politische Bildung in Schule, Hochschule,  
Jugendarbeit und Erwachsenenbildung  
Landesverband Niedersachsen

D

V

P

B

Steve Kenner  
1. Landesvorsitzender  
Mail: [steve.kenner@dvpb-nds.de](mailto:steve.kenner@dvpb-nds.de)  
Tel.: +49 (0)511 762-14559

Leibniz Universität Hannover  
z.H. S. Kenner / DVPB Niedersachsen  
Callinstr. 20  
30167 Hannover

## OFFENER BRIEF AN DIE LANDESREGIERUNG UND DEN LANDTAG

*Eine Initiative der  
Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)  
Landesverband Niedersachsen*

# Politische Bildung braucht Verfassungsrang in Niedersachsen

Die COVID-19-Pandemie stellt unsere Gesellschaft vor eine historische Aufgabe. Die globalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen bergen insbesondere für demokratisch verfasste Gesellschaften das Risiko einer Regression in autoritäre Ordnungen. Nur eine lebendige Demokratie kann ihren Gefährdungen wirkungsvoll widerstehen. Dafür bedarf es mündiger Bürger\*innen. Gerade in dieser Zeit braucht es Weitsicht, Vernunft, die Fähigkeit der Perspektivenübernahme, politisch-analytisches Denken, Urteilsbildung sowie Konflikt- und Handlungsfähigkeit. Es bedarf einer gelebten Solidarität, aber auch der Fähigkeit zur kritischen Reflexion. All dies ist kein Selbstverständnis: Es erfordert politische Bildung!

Hannover, 10.05.2020

**Landesvorstand  
DVPB Niedersachsen**

Steve Kenner  
(Vorsitzender)

Manfred Quentmeier  
(stellv. Vorsitzender)

Henrik Peitsch  
(Geschäftsführer)

Hans-Martin Estler  
(Schatzmeister)

Roland Freitag  
(stellv. Schatzmeister)

Der Soziologie Oskar Negt verweist zu Recht darauf, dass Demokratie die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung ist, die gelernt werden muss – früh, im Kindergarten, aber auch im hohen Alter.

Aber die politische Bildung erfährt immer wieder neue Angriffe auf ihre Disziplin, das Unterrichtsfach, politische Bildner\*innen und außerschulische Projekte. All dies gefährdete schon vor der Corona-Krise die schulische und außerschulische politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland.

Die letzten Wochen offenbarten jedoch, wie schnell und weitgehend unvorbereitet eine Gesellschaft in einen kollektiven Ausnahmezustand geraten kann. Für die Träger der außerschulischen politischen Bildung ist die aktuelle Situation existenzbedrohend. Diese Krise bedroht die politische Bildung auch insgesamt.

Als „freiheitlicher, republikanischer, demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteter Rechtsstaat“ (Landesverfassung NDS, Artikel 1 Absatz 2), der sich als Teil der europäischen Gemeinschaft versteht, ist die normative Verankerung politischer Bildung in der Verfassung unerlässlich.

**Verband für Politische Bildung in Schule, Hochschule,  
Jugendarbeit und Erwachsenenbildung  
Landesverband Niedersachsen**

In Niedersachsen ist politische Bildung jedoch weder direkt noch im weiteren Sinne als Bildungsziel verfassungsrechtlich festgeschrieben. Damit ist Niedersachsen neben Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein nur eines von vier Bundesländern, die diesem Bildungsauftrag keinen Verfassungsrang einräumen.<sup>1</sup> Dies zu ändern ist in Zeiten, in denen antidemokratische Tendenzen sichtbarer werden und sich auch in Angriffen auf Lehrkräfte und politische Bildner\*innen zuspitzen, dringend erforderlich.

Im Niedersächsischen Schulgesetz ist politische Bildung in § 2 als Auftrag explizit verankert. Auch die aktuelle Initiative des Niedersächsischen Kultusministeriums „Demokratisch gestalten“ ist begrüßenswert, setzt einen notwendigen Grundstein und einen wichtigen Impuls für die schulische und außerschulische politische Bildung. Allerdings sind sowohl das Schulgesetz als auch bildungspolitische Initiativen von wechselnden Mehrheiten im Parlament abhängig.

Es ist nunmehr dringend notwendig, jetzt durch die verfassungsrechtliche Verankerung der politischen Bildung ein Zeichen zu setzen. Politische Bildung muss - wie in 12 von 16 Landesverfassungen - auch in Niedersachsen endlich Verfassungsrang erhalten.

Mit der Aufnahme des unten vorgeschlagenen Zusatzes für Artikel 4 schützt das Land Niedersachsen eine auf Grund- und Menschenrechten basierende politische Bildung.

Wir fordern daher, dass in der Niedersächsischen Landesverfassung der Artikel 4 „Recht auf Bildung“ durch folgenden Text erweitert wird:

<sup>1</sup> Erziehung und Bildung haben die Aufgabe, selbständiges kritisches Denken, Urteilen und Handeln, die Achtung der Würde der Menschen in Anerkennung der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit, dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit, Friedfertigkeit im Zusammenleben aller Menschen und Verantwortung für die Umwelt zu fördern. <sup>2</sup> Ihr Ziel ist die Stärkung des konsequenten Eintretens gegen jedwede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger. <sup>3</sup> Dieser Bildungsauftrag wird in allen öffentlichen Schulen durch ein ordentliches Unterrichtsfach sowie durch demokratische Schulentwicklung erfüllt und ist zugleich Grundlage für die außerschulische politische Bildung.

Im Namen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, LV Niedersachsen

*Steve Kenner*

*1. Landesvorsitzender*

---

<sup>1</sup> Hierzu u.a. Politische Bildung. Citizenship Education in Germany from marginalization to new challenges. In: Journal of Social Science Education (JSSE) Vol. 19, No. 1 (2020), 118-135. <https://www.jsse.org/index.php/jsse/article/view/1618/3546>